

## Europa als Führungsaufgabe der nationalen Politik

Viele haben geglaubt, die Europapolitik würde nach dem Inkrafttreten des Lissabonner Vertrages an Spannung und Dramatik verlieren: Das Gegenteil ist der Fall! Mit der Internationalen Banken- und Wirtschaftskrise, der Schuldenkrise in Ländern wie Griechenland, Irland und Portugal und mit den revolutionären Veränderungen in Nordafrika sind der Europäischen Union neue Herausforderungen erwachsen, die nur gemeinsam und keinesfalls im nationalen Alleingang bewältigt werden können. Immer deutlicher zeigt sich, dass die Europäische Integration nicht nur die einzig richtige Antwort auf das Desaster des Zweiten Weltkriegs war, sondern gerade auch heute und für die Zukunft unverzichtbar ist.

Die wachsende Bedeutung Europas steht allerdings in seltsamen Kontrast zu dem oft defensiven und verdrückten Umgang mit dem Thema Europa in der Politik vieler Mitgliedstaaten. Europa ist heute längst nicht mehr ein Thema für wenige Spezialisten und Idealisten, sondern betrifft inzwischen alle Ebenen nationaler Politik. Deshalb fordern wir ein, dass die nationalen Parlamente, Regierungen und Verwaltungen ihre „Europa-Fähigkeit“ erhöhen, dass sie aufhören, sich hinter Brüsseler Entscheidungen zu verstecken und dass der „Mehrwert“ gemeinsamen Handelns in Brüssel deutlicher als bisher auch öffentlich dargestellt wird. Die Europäische Integration benötigt einen neuen Schub, wenn wir vor den geschichtlichen Herausforderungen bestehen wollen. Wer glaubt, er könne Europa auf die Summe von 27 nationalen Einzelinteressen reduzieren, handelt grob fahrlässig und wird scheitern. Deshalb brauchen wir endlich auch eine „Europäische Öffentlichkeit“, die diesen Namen verdient. Die Europawahlen 2014 müssen zu einer großen europaweiten Debatte über die notwendigen Weichenstellungen für die Zukunft werden.

Die Europa-Union Deutschland wird dazu beitragen, diesen Prozess zu gestalten und ihm Ziel und Richtung zu geben. Deshalb werden wir in den kommenden Monaten eine breite und umfassende Programmde-



60 Jahre Europäische Integration: Am 18. April 1951 wurde in Paris der Vertrag zur Gründung einer Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl (EGKS) unterzeichnet. Dieses auch als Montanunion bekannte erste europäische Gemeinschaftsprojekt geht zurück auf eine Initiative von Jean Monnet und Robert Schuman ein Jahr zuvor und ist der erste Meilenstein in einer Reihe von europäischen Gemeinschaftsverträgen, die in der weiteren Entwicklung der Europäischen Integration zu dem geführt haben, was heute die Europäische Union ausmacht. Die damaligen „Väter Europas“ – also die Vertragsunterzeichner für die sechs Gründerstaaten – waren (v. l. n. r.): Paul van Zeelande (Belgien), Joseph Bech (Luxemburg), Joseph Meurice (Belgien), Carlo Sforza (Italien), Robert Schuman (Frankreich), Konrad Adenauer (Deutschland), Dirk Stikker (Niederlande) und Johannes van den Brink (Niederlande).

Bild: EU-Kommission

batte auf allen Ebenen unseres Verbandes führen: Das Hertensteiner Programm ist und bleibt unser Gründungsdokument und unser Kompass für die Zukunft. Die Schlussfolgerungen, die sich daraus für die europäische und für die nationale Politik ergeben, müssen aber in jeder Generation neu diskutiert und bewertet werden. Mit dieser Debatte können wir uns nicht nur vergewissern im Hinblick auf europäische Entscheidungen, sondern auch das Selbstverständnis und die Identität der Europa-Union Deutschland erheblich stärken. Hierzu wünsche ich mir eine breite Beteiligung in den Kreis- und Landesverbänden und spannende Debatten auf dem Bundeskongress in Berlin.

Herzlichst Ihr Peter Altmaier MdB  
Präsident der Europa-Union Deutschland

## Aus dem Inhalt

<b>Das Timing stimmt</b> Fahrplan für die Programmdebatte	2
<b>Debatte kommt in Fahrt</b> EUD und JEF diskutieren modernes Leitbild	3-5
<b>Bernd Hüttemann als Generalsekretär verabschiedet</b>	5
<b>Heißkalte Liebe</b> Island auf dem Weg in die EU	6

## Das Timing stimmt

### Fahrplan für die Programmdebatte der Europa-Union

**D**ies ist eine gute Zeit, um die Zukunft der europäischen Integration zu diskutieren. Die europäische politische Landschaft ist in Bewegung geraten: als Reaktion auf die Wirtschafts- und Finanzkrise wird die EU neue Mechanismen der Zusammenarbeit (und Kontrolle) schaffen, eine de facto Vertiefung der Integration. Die Ereignisse in Japan haben der energiepolitischen Debatte eine neue Dringlichkeit gegeben. Sowohl die Sicherheits- als auch die Versorgungsaspekte der Atomenergie sind naturgemäß grenzübergreifend und europäisch – auch wenn die Debatten, z.B. in Deutschland, dies noch unzureichend widerspiegeln. Und die Länder an der südlichen Peripherie Europas sind im Aufbruch zu Freiheit und Demokratie – ein epochaler politischer Umbruch, der mit der Wende von 1989 verglichen werden kann. Diese Herausforderungen zeigen in dieselbe Richtung: wir brauchen mehr (gemeinsames Handeln in) Europa, um wirksam reagieren zu können. Schlussendlich läuft alles auf den europäischen Bundesstaat zu; er ist heute aktueller und notwendiger denn je.

Damit befinden sich die europäischen Föderalisten auf der Höhe der Zeit – wenn es uns gelingt, konkrete Ziele und Perspektiven für den mittelfristigen Entwicklungshorizont der europäischen Integration zu formulieren. Das ist das Ziel der Programmdebatte. Und damit ist auch ein Selbstzweck verbunden: Eine lebendige Debatte bereichert und stärkt die Europa-Union als Verband.

Wie sehen Kompass und Fahrplan der Programmdebatte aus? Am Ende soll ein kurzes Dokument mit prägnanten Aussagen stehen – nicht als Ersatz zum Hertensteiner Gründungsdokument, sondern als Wegweiser und Pulsgeber in den politischen Diskussionen der kommenden Jahre. Zum Kongress 2011 in Berlin wird ein Entwurf vorliegen, der dort, aber vor allem auch im kommenden Jahr intensiv im Verband diskutiert werden soll. Auf dem Kongress 2012 wollen wir dann das Programm beschließen und der Öffentlichkeit vorstellen.

Derweil haben in vielen Landesverbänden bereits Veranstaltungen stattgefunden und auch der Bundesverband hat seine

Jahresplanung auf die Programmdebatte abgestellt. Den Auftakt machte der Bundesausschuss im März (siehe dazu Bericht S. 3 bis 5 in dieser Ausgabe). Im Mai finden zwei Regionalkonferenzen in Hannover und Würzburg statt, die einerseits die thematischen Schwerpunkte vertiefen, andererseits auch den Kreis der Aktiven verbreitern und den Austausch innerhalb des Verbands fördern sollen. Auf dem Bundesausschuss am 17. September werden wir Gelegenheit haben, die Ergebnisse der Regionalseminare und der weiteren Diskussion zusammenzuführen. Bis zum Bundeskongress übernimmt es dann die AG Zukunft Europas, den bereits erwähnten Entwurf zu verfassen.

Gerüst der Debatte sind die Themenblöcke der Leitfragen – bewusst weit ausgelegt: Die Herausforderungen Europas in der globalisierten Welt, die Europäische Vision für das 21. Jahrhundert, die Verfasstheit Europas zwischen Erweiterung und Vertiefung. Hinzu kommt als vierter Bereich die Rolle der EUD – denn zu einem Programm gehört auch eine Strategie und Ausrichtung des Verbandes.

Soweit der Rahmen für die Europa-Union. Wichtige Impulse werden auch von der JEF kommen, die nicht nur in die erwähnten Veranstaltungen eng eingebunden ist, sondern darüber hinaus parallel eine eigene Programmdebatte führt. Und schließlich sollte die Debatte nicht unter der deutschen Glocke bleiben, sondern den Austausch mit der UEF und unseren Schwesterorganisationen suchen – angefangen mit dem Mouvement Européen, das im letzten Jahr ebenfalls eine Programmschrift erarbeitet hat.

Zum Schluss ein Aufruf: Beteiligen Sie sich! Beispielsweise: Melden Sie sich für eine Regionalkonferenz an (siehe links)! Nehmen Sie an einer Veranstaltung Ihres Landesverbandes teil! Oder gründen Sie einen Gesprächskreis in Ihrem Kreisverband und formulieren Sie Gedanken, Thesen und Positionen! Die bisherigen Debattenbeiträge und weitere Informationen finden Sie unter [www.europa-union.de/programmdebatte](http://www.europa-union.de/programmdebatte). Gerne stellen wir dort auch Ihren Beitrag ein – die Debatte lebt vom Engagement.

#### DIE EUROPÄISCHE IDEE IM 21. JAHRHUNDERT

##### NORD- und SÜDKONFERENZ

**Samstag, 28. Mai 2011 / 10.30 bis 16.30 Uhr**  
**Diskutieren Sie mit!**

Bitte melden Sie sich bis zum 23. Mai verbindlich an.

Ich nehme teil:

- an der Nordkonferenz in Hannover,  
 Freizeitheim Vahrenwald, Vahrenwalder Str. 92, 30165 Hannover
- an der Südkonferenz in Würzburg  
 Ausbildungsstätte Bayerische Bereitschaftspolizei, Sedanstr. 52, 97082 Würzburg

Name: \_\_\_\_\_

E-Mail-Adresse: \_\_\_\_\_

Anschrift: \_\_\_\_\_

Per Fax an: (030) 303 6201 39      Per E-Mail: [info@europa-union.de](mailto:info@europa-union.de)  
 Per Post an: Europa-Union Deutschland, Sophienstr. 28/29, 10178 Berlin

Die Teilnahme ist kostenlos.  
 Die Hälfte der Fahrtkosten kann bis max. 50 € erstattet werden.  
 Weitere Informationen: Tel. (030) 303 6201 30

*Dr. Lutz Hager*  
 Mitglied des EUD-Präsidiums  
 und Sprecher für die Programmdebatte

## Programmdebatte kommt in Fahrt Europa-Union und JEF diskutierten über ein modernes Leitbild

Auf der Suche nach der „Europäischen Idee im 21. Jahrhundert“ trafen sich rund 100 Mitglieder der Europa-Union Deutschland (EUD) und der Jungen Europäischen Föderalisten (JEF) zu einem gemeinsamen Bundesausschuss (BA) in Berlin. In mehreren Arbeitsgruppen diskutierten die Delegierten aus dem ganzen Bundesgebiet unterschiedliche Aspekte eines neuen Grundsatzprogramms und setzten wichtige Impulse für die weitere Verbandsdebatte.

In der Nordrhein-Westfälischen Landesvertretung hieß deren Leiter Dr. Andreas Christians die Tagungsteilnehmer im Namen von Ministerin Dr. Angelica Schwall-Düren herzlich willkommen.

Zum Auftakt der Tagung sprach sich EUD-Präsident Peter Altmaier MdB dafür aus, die Grundsatzprogrammdebatte auf den Fundamenten des Hertensteiner Programms aufzubauen. In Anbetracht der heutigen Stellung der Europa-Union in der Politik sah Altmaier die Chance auf eine Renaissance des Verbandes. Wichtige neue Formate der Verbandsarbeit seien sowohl auf Bundes- als auch auf Länderebene etabliert worden, z.B. Parlamentariergruppen und Experten-netzwerke wie EuropaProfessionell.

### FÖDERATION, RECHTSGEMEINSCHAFT, VERFASSUNG

Als Ehrengast und Föderalist der ersten Stunde hielt Prof. Dr. Heinrich Schneider eine packende Rede über Vergangenheit und Zukunft der föderalistischen Idee und warnte vor einer zunehmenden Europapolitik-Verdrossenheit der Bürger. Der „über Jahrzehnte intellektuelle Impulsgeber der Europäischen Bewegung“, so BA-Vorsitzender Franz J. Klein über Heinrich Schneider, forderte Bereitschaft zum Umdenken und Engagement für mehr statt weniger Europa. Schneider betonte die legitimierende Kraft des Rechts und machte sich für eine föderal



Föderalist der ersten Stunde: Professor Heinrich Schneider

Bilder: EUD

verfasste politische Union stark, da diese den Vorrang des Rechts vor der Macht garantiere. Eine Europäische Verfassung sei hierfür unabdingbar.

Der Bundesvorsitzende der JEF, Lars Becker, empfahl den Jugendverband als „Triebfeder“ der Programmdebatte. Damit das neue Programm am Ende möglichst viele Menschen einbinden könne, gelte es nun, den kleinsten gemeinsamen Nenner auszuloten.

Dr. Friedhelm Frischenschlager, Präsident der Europäischen Föderalistischen Bewegung Österreich, legte der Europa-Union in seinem Gastbeitrag nahe, eine wirklich europäische Debatte über ein neues Grundsatzprogramm zu führen und forderte mehr Austausch über Grenzen hinweg. Der Generalsekretär der Union Europäischer Föderalisten, Christian Wenning, ebenfalls Gast der

Tagung, begrüßte diese Anregung und sicherte seine Unterstützung zu.

Die Diskussion in den Arbeitsgruppen widmete sich vier Themenbereichen:

### EUROPÄISCHE VISIONEN FÜR DAS 21. JAHRHUNDERT

Einig waren sich die Teilnehmer der Arbeitsgruppe, dass neue Ideen in das Hertensteiner Programm einfließen müssen, die die Interessen der europäischen Bürger des 21. Jahrhunderts aufnehmen. Die soziale Ausrichtung der Europäischen Idee sowie die Betonung der Subsidiarität als Prinzip einer möglichst bürger-

nahen Willensbildung müssen stärker betont werden, so EUD-Präsidiumsmitglied Dr. Otto Schmuck in seinem Impulsreferat. Auf Nelly Schmitts Gedankenanstöße zur Problematik der europäischen Identität, warf JEF-Bundesvorsitzender Lars Becker die Frage auf, ob eine solche Identität überhaupt für das europäische Projekt relevant sei. Es komme mehr darauf an, universelle Werte wie Demokratie, Rechtsstaatlichkeit, Freiheit und Gerechtigkeit zu vertreten. Auch wurde gefordert, den Menschen wieder in den Mittelpunkt zu stellen, was die EU in ihrer Entwicklung etwas vernachlässigt habe.



Dr. Otto Schmuck (2.v.l.) und Nelly Schmitt (r.) gaben der Diskussion Impulse, die von UEF-Vizepräsident Heinz-Wilhelm Schaumann (2.v.r.) und Linn Selle (l.) moderiert wurde.



Die Vision, die es zu entwickeln gelte, soll eine politische sein. Konzepte wie Zusammenarbeit, Solidarität usw. sollen dazu verhelfen, aus der EU eine Werte- und Schicksalsgemeinschaft zu bilden, forderte Becker.

## DIE VERFASSTHEIT EUROPAS ZWISCHEN ERWEITERUNG UND VERTIEFUNG

Im Vordergrund der Diskussion zu diesem Themenkomplex stand die Akzeptanz europäischer Visionen in der Bevölkerung. Dabei wurde die Rolle der Europa-Union als Trägerin des europäischen Gedankens und als überparteiliches Forum für Debatten hervorgehoben. Gefordert wurde von den Teilnehmern des Arbeitskreises eine Ausweitung der Gemeinschaftsmethode als Gegenkonzept zu den zunehmenden Entscheidungen der Staats- und Regierungschefs. In Impulsreferaten analysierten die JEF-Vertreter Martin Renner und Markus Breitweg am Beispiel Moldawiens die Erwartungen und Herausforderungen, denen die EU in potentiellen Beitrittsländern begegnet. Anschließend forderte EUD-Präsidiumsmitglied Thomas Stölting, zugleich Landesvorsitzender der Europa-Union Hamburg, in seinem Vortrag, die Entwicklung des Sozialstaates in den Mitgliedstaaten und Beitrittskandidaten-Ländern voranzutreiben, um Populismus und Nationalismus vorzubeugen.



Europas Rolle in der Welt erörterten (v.l.n.r.) Christian Beck und Dr. Eva Högl MdB unter der Moderation von Daniel Matteo (stellv. JEF-Bundsvorsitzender). Bilder: EUD

## DIE HERAUSFORDERUNGEN EUROPAS IN DER GLOBALISIERTEN WELT

Der Stellung Europas in der globalisierten Welt und die damit verbundenen Fragen und Probleme standen im Fokus der Arbeitsgruppe. In Impulsreferaten gaben EUD-Vizepräsidentin Dr. Eva Högl MdB und JEF-Vorstandsmitglied Christian Beck den Teilnehmern einen gelungenen Überblick über Themen, die in der Vergangenheit zu wenig Aufmerksamkeit erhielten, z.B. Fragen der Wohlstandsverteilung und des Wachstums. Högl forderte, sozia-

le Fragen wie Arbeitslosigkeit, Armut, Rente, Mindestlöhne und die Gleichstellung von Männern und Frauen mehr auf europäischer Ebene zu diskutieren. Beck legte seinen Schwerpunkt auf die wirtschaftlichen Aspekte der Globalisierung, die in der Folge auch soziale Unterschiede nach sich ziehen. Es gelte, das Hertensteiner Programm an die heutigen Probleme wie globale Verteilungsfragen, Wirtschafts- und Finanzkrise, Ressourcenkonkurrenz, Bevölkerungswachstum und Folgen der Klimaveränderung anzupassen. Globale Lösungen könne es nur durch ein starkes Europa geben, welches mit „mehr Recht statt Macht“ agiert. Europa müsse seine ökonomische Macht einsetzen, um globale Probleme zu lösen. Eine Ausweitung des Hertensteiner Programms würde zu einer Überforderung führen, vielmehr müssten Begriffe wie „Macht“ und „Recht“ eindeutig und unmissverständlich definiert, der Begriff „Frieden“ durch „Sicherheit“ ersetzt werden.

## DIE ZUKÜNFTIGE ROLLE DER EUD ALS VERBAND

„Mitwirken am Europa der Bürger!“ Auch das Motto der Europa-Union war Gegenstand der Diskussion in der Arbeitsgruppe, die sich mit den Strukturen, Zielen und Einflussmöglichkeiten



Sinnbildlich vereint – Visionäre des 19. und 21. Jahrhunderts: (v.l.n.r.) Thomas Stölting, Moderator Prof. Dr. Gasiecki (stellv. Vorsitzender des EUD-Bundesausschusses), „Heinrich Heine“, Martin Renner, Markus Breitweg



Plädierten für gemeinsamen Kurs von EUD und JEF: (v.l.n.r.) Dr. Sylvia-Yvonne Kaufmann, Moderator  
Dr. Lutz Hager (EUD-Präsidiumsmitglied), Michael Dollinger  
Bild: EU

des Verbandes befasste. In ihrem Impulsreferat nahm Präsidiumsmitglied Dr. Sylvia-Yvonne Kaufmann Bezug auf die Identität der Europa-Union als Teil der Europäischen Bewegung und unterstrich deren Vorreiterrolle in der Gesellschaft. Die Europa-Union stehe für mehr Europa als die beste Antwort auf die Probleme unserer Zeit. Drei Aufgaben seien für den Verband besonders

wichtig: als Motor die Vertiefung der Europäischen Integration voranzutreiben, den Mehrwert Europas herauszustellen und die Bürger über die EU zu informieren sowie als Schnittstelle zur Politik in Kontakt mit Politikern auf allen Ebenen zu treten. Insgesamt sollte der Verband sichtbarer werden und häufiger Stellung zu ausgewählten Themen der aktuellen Europapolitik

beziehen. Kaufmann forderte, größeres Augenmerk auf die Emotionalisierung des Thema Europas zu legen. Diesem Anliegen pflichtete auch der stellv. JEF-Vorsitzende Michael Dollinger bei, der das gute Verhältnis zwischen JEF und EUD hervorhob. Entscheidend für die Zukunft des Verbandes sei es, dass die jungen Föderalisten sich später auch in der EUD engagierten. JEF-Mitglieder sollten in den EUD-Vorständen auf allen Ebenen vertreten sein, um gegenseitige Hemmschwellen und Vorurteile abzubauen. Es gelte, mehr Menschen aus verschiedenen Gesellschaftsschichten für die Arbeit von EUD und JEF zu interessieren. Die Teilnehmer der Arbeitsgruppe sprachen sich für eine aktive Beteiligung der Föderalisten an der Europäischen Bürgerinitiative aus. Betont wurde die Bedeutung der Überparteilichkeit für die politische Arbeit des Verbandes. Einig war man sich, dass für die Zukunft des Verbandes eine gute Zusammenarbeit zwischen EUD und JEF unabdingbar sei.

Alle Berichte und Dokumente zur Bundesausschusstagung und zur EUD-Programmdebatte sind abrufbar unter: [www.europa-union.de](http://www.europa-union.de). ■

## Bernd Hüttemann als Generalsekretär verabschiedet

Mit großem Applaus wurde Bernd Hüttemann – seit 2003 als Generalsekretär der Europa-Union Deutschland tätig – vom Bundesausschuss verabschiedet. EUD-Präsident Peter Altmaier würdigte Hüttemann als tatkräftigen Generalsekretär und begeisterten Europäer, der es verstand, die Kommunikationspolitik der Europa-Union nachhaltig zu verbessern und zu modernisieren. Während seiner Amtszeit wurden neue Formate wie die Parlamentariergruppe in Berlin etabliert und die Hauptstadtgruppe EuropaProfessionell gegründet. „Bernd Hüttemann war ein Segen für unseren Verband“, so Präsident Altmaier. Der lang anhaltende Applaus der 100 anwesenden Delegierten bestätigte seine Worte.

Aus persönlichen und beruflichen Gründen hatte Bernd Hüttemann sein Ehrenamt bereits zu Beginn des Jahres niedergelegt. Als Generalsekretär des Netzwerks Europäische Bewegung Deutschland und Mitglied des Vorstands von EuropaProfessionell wird er sich auch weiterhin europapolitischen Themen widmen und der Europa-Union verbunden bleiben.

Bis zur Wahl eines neuen Generalsekretärs hat das Präsidium Bundesgeschäftsführerin Birgit Köbling kommissarisch mit der Übernahme der Amtsgeschäfte betraut.

## Heißkalte Liebe? Islands Weg in die EU

„Die Europa-Union Deutschland freut sich, dass nach Dänemark, Finnland und Schweden ein weiteres Land des Nordischen Rates Mitglied der Europäischen Union werden möchte“, so Vizepräsident Ernst Johansson auf einer Veranstaltung, zu der die Europa-Union gemeinsam mit der Isländischen Botschaft ins „Felleshus“ (Gemeinschaftshaus) der Nordischen Botschaften in Berlin eingeladen hatte.

Im Sommer 2009 hat Island der Europäischen Union ein Beitritts-gesuch vorgelegt. Zuvor wurde der Inselstaat im Nordatlantik schwer von der weltweiten Wirtschafts- und Finanzkrise getroffen. Nach anhaltenden Protesten der Bevölkerung trat die Regierung in Reykjavik zurück. Aus den Neuwahlen im Frühjahr 2009 ging Jóhanna Sigurðardóttir als Siegerin hervor und setzte mit einer Koalition aus Sozialdemokraten und Linken „Grünen“ Kurs in Richtung EU.

### EINIGE STOLPERSTEINE

Seit Juni 2010 zählt Island zu den offiziellen Beitrittskandidaten, die Verhandlungen über eine EU-Mitgliedschaft haben begonnen. Island erfüllt hierfür alle politischen und rechtsstaatlichen Voraussetzungen, der Fortschrittsbericht 2010 ist voll des Lobes für die funktionierende Demokratie und den hohen Standard der Rechtsstaatlichkeit. Trotzdem gibt es noch einige Stolpersteine auf dem Weg in die EU beiseite zu räumen. So haben die Auseinandersetzungen mit Großbritannien und den Niederlanden um Entschädigungszahlungen wegen des Konkurses der Icesave-Bank die Gespräche zwischen Reykjavik und Brüssel belastet. Eine Lösung ist noch immer nicht in Sicht, nachdem Islands Präsident zum zweiten Mal binnen eines Jahres ein vom Parlament mit den Gläubigerstaaten ausgehandeltes Abkommen blockiert hat. Auch der Streit um die Makrelenfangquoten hat zu Reibungen geführt. Island hat zudem eine Gesetzgebung, die den freien Kapitalverkehr



(v. l. n. r.) Hans-Michael Goldmann MdB, Michael Roth MdB, Ernst Johansson, Botschafter Gunnar Snorri Gunnarsson, Prof. Bernd Henningsen  
Bild: EUD

beschränkt und ausländische Investitionen im Fischereisektor verbietet. Nicht zuletzt: In der EU ist der Walfang verboten – Island aber will an seiner Tradition festhalten. Und schließlich: Bevor Island Mitglied der EU werden kann, müssen die 320.000 Isländer erst in einem Referendum dem Beitritt zustimmen.

Scheitert der Beitritt an den Bürgern? Welche Auswirkungen hätte die EU-Mitgliedschaft für Island? Und welchen Nutzen zieht die EU aus der Aufnahme des Landes? Darüber diskutierten Botschafter Gunnar Snorri Gunnarsson, die Bundestagsabgeordneten Hans-Michael Goldmann und Michael Roth sowie Prof. Bernd Henningsen vom Nordeuropa-Institut der Humboldt-Universität Berlin mit einem interessierten Publikum. EUD-Vizepräsident Ernst Johansson moderierte den Abend.

### KEINE UNLÖSBAREN PROBLEME

Es gibt keine unüberwindbaren Hindernisse für Island auf dem Weg in die EU. Darin sahen sich die Redner weitgehend einig. Botschafter Gunnarsson zeigte auf, wie eng sein Land bereits heute mit der EU verbunden ist: Als Mitglied des Europäischen Wirtschaftsraums übernehme Island die europäische Gesetzgebung nahezu „eins zu eins“, ohne aber politische Entscheidungsgewalt in der EU zu haben. Kein Mitspracherecht im Rat zu besitzen wiege für Island derzeit schwerer als ein Souveränitätsverlust durch den EU-Beitritt, der von Gegnern immer wieder ins Feld geführt werde, so der Botschafter. Zur Frage, ob die Mehrheit der Bevölkerung den Beitritt will, zeigte sich Gunnarsson optimistisch: Im letzten Jahr sei die Zustimmungskurve

kontinuierlich angestiegen – dabei würden die Informationskampagnen erst jetzt richtig losgehen. Skeptischer sieht das Skandinavistik-Professor Henningsen. Er bewertete auch die Sonderrolle, die die Deutschen den Skandinaviern beimessen, kritisch. Für den stellv. Vorsitzenden der Deutsch-Nordischen Parlamentariergruppe im Bundestag, Hans-Michael Goldmann, passen der Wertekanon der Isländer und ihre Lebensart hervorragend zu Europa. Auch für Michael Roth, europapolitischer Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion, ist Island Teil der europäischen Wertegemeinschaft.

### BEACHTLICHE MITGIFT

In der Debatte wurde deutlich: Bei allen noch bestehenden Problemen, die im Verlaufe der Beitrittsverhandlungen gelöst werden müssen, ist die „Mitgift“, die die Isländer in die EU einbringen würden, beachtlich: von wichtigen Impulsen, die von der nachhaltigen Fischereiwirtschaft und dem hohen Anteil der erneuerbaren Energien an der Stromerzeugung des Landes ausgingen, bis hin zur Möglichkeit, dass Island ein kleiner Nettobeitragszahler werden könnte.

„Aus deutscher Sicht ist der Beitritt Islands zur EU hochwillkommen“, so EUD-Präsident Peter Altmaier in seinem Schlusswort. Deutschland habe ein vitales Interesse, dass das nordische Gewicht in der EU gestärkt werde. Er erwarte eine aktive Rolle Islands in der Gemeinschaft. In diesem Zusammenhang erinnerte er daran, dass die EU nicht nur eine Werte- und Kultur-gemeinschaft, sondern darüber hinaus eine Solidaritätsgemeinschaft sei. ■

# Auf dem Weg zu mehr und besseren Arbeitsplätzen

## Im Gespräch: EU-Kommissar László Andor und EUD-Vizepräsidentin Eva Högl

**W**ie können mehr und bessere Arbeitsplätze in Europa geschaffen werden? Und wie gelingt es, wirtschaftliche und soziale Interessen stärker miteinander zu verknüpfen? Diese zentralen Fragen der europäischen Wirtschafts- und Sozialpolitik diskutierten EU-Kommissar László Andor und EUD-Vizepräsidentin Dr. Eva Högl MdB bei einem europapolitischen Gespräch im Europäischen Haus in Berlin.

Nach der Begrüßung der rund 150 Gäste durch den Leiter der EU-Kommissionsvertretung, Matthias Petschke, skizzierte der EU-Kommissar für Beschäftigung, Soziales und Integration die für sein Ressort wichtigsten Kernziele und Leitinitiativen der EU-Strategie Europa 2020. So soll bis 2020 die Schulabbrecherquote auf unter zehn Prozent verringert werden und der Anteil der 30- bis 34-Jährigen mit abgeschlossener Hochschulbildung oder gleichwertiger Berufsausbildung auf mindestens 40 Prozent steigen. In zehn Jahren sollen außerdem EU-weit 75 Prozent der 20- bis 64-Jährigen in Arbeit stehen und die Zahl der von Armut oder sozialer Ausgrenzung bedrohten Personen um mindestens

20 Millionen gesenkt werden. Mit Hilfe der drei Leitinitiativen „Jugend in Bewegung“, der „Agenda für neue Kompetenzen und Beschäftigungsmöglichkeiten“ sowie der „Plattform zur Bekämpfung der Armut“ sollen diese Ziele bis zum Ende der Dekade erreicht werden. Angesichts der steigenden Arbeitslosigkeit in Europa sei es besonders wichtig, „intelligentes, nachhaltiges und integratives Wachstum“ zu fördern, beispielsweise durch die Schaffung von „Green Jobs“, so Kommissar Andor.

In ihrem Kommentar gab Eva Högl zu bedenken, dass die Themen Beschäftigung und Soziales in letzter Zeit eher in den Hintergrund gerückt seien und begrüßte daher den Fokus der Strategie Europa 2020 auf sozialpolitische Belange. Sie bemängelte die Schiefelage zwischen sozialen Themen auf der einen und wirtschaftlichen Themen auf der andere Seite und forderte eine integrierte Wirtschafts- und Sozialpolitik in Europa und die Einführung einer sozialen Fortschrittsklausel. Besonders wichtig sei hierbei die Einbindung und Beteiligung der Sozialpartner und der Zivilgesellschaft, so Högl. Wie ihre Vorredner begrüßte sie den Wegfall der Freizügigkeitsbeschränkungen für Arbeitnehmer aus den neuen EU-Mitgliedstaaten und machte sich in diesem Zusammenhang für eine effizientere Bekämpfung von Schwarzarbeit und die Einführung von Mindestlöhnen stark.

Zudem erwerbe ich (ohne Mehrkosten) die Mitgliedschaft bei den Jungen Europäischen Föderalisten (JEF) bis zum 35. Lebensjahr.

Unter der Moderation von Dr. Andrea Despot von der Europäischen Akademie Berlin vertieften Andor und Högl das Thema in der Diskussion mit dem Berliner Fachpublikum und interessierten Bürgern. ■

Noch kein Mitglied bei der Europa-Union Deutschland?  
Dann werden Sie es jetzt!

Als Mitglied erhalten Sie Einladungen zu Veranstaltungen, Informationsmaterialien und unsere Mitgliedszeitung „Europa aktiv“. Knüpfen Sie bundes- und europaweite Kontakte zu anderen engagierten Bürgern in unserem europaweiten Netzwerk. Gestalten Sie Europa durch Ihre Mitarbeit vor Ort und bestimmen Sie den europäischen Kurs mit!

Ja, ich möchte Mitglied der EUROPA-UNION Deutschland werden.

Name, Vorname

Straße

PLZ, Wohnort

Beruf

Telefon

Fax

E-Mail

Geburtsdatum

Werber

Der Mitgliedsbeitrag wird gemäß der geltenden Beitragsordnung der Landesverbände erhoben und beträgt mindestens 3,60 € monatlich (ermäßigt 1,80 €). Darin eingeschlossen ist der Bezug der Mitgliederinformation „Europa aktiv“.

Zudem erwerbe ich (ohne Mehrkosten) die Mitgliedschaft bei den Jungen Europäischen Föderalisten (JEF) bis zum 35. Lebensjahr.

Ich ermächtige die Europa-Union, den Mitgliedsbeitrag per Lastschrift einzuziehen.

Konto-Nr.: \_\_\_\_\_

Geldinstitut: \_\_\_\_\_

BLZ: \_\_\_\_\_

Diese Erklärung gilt bis zu meinem schriftlichen Widerruf.

Ich möchte die Mitgliederzeitung „Europa aktiv“ nicht per Post, sondern ausschließlich als Online-Ausgabe (PDF-Format) an o. g. E-Mail-Adresse gesendet bekommen.

Ort, Datum

Unterschrift

Bitte senden an:

**EUROPA-UNION Deutschland**  
Sophienstraße 28/29, 10178 Berlin  
Fax: (030) 3 03 62 01 39



EU-Kommissar László Andor und Dr. Eva Högl MdB

Bild: EUD



## Brüssel

### „Gut Ding will eben Weile haben“

Europa-Union Brüssel und  
Hessischer Europaminister  
laden zur Diskussion ein

„Eine Botschaft – eine Stimme?“ Ein hochspannendes Thema und interessante Referenten lockten am 30. März über 200 Besucher in die Räume der Vertretung des Landes Hessen bei der Europäischen Union in Brüssel. Im Mittelpunkt des Abends stand Europas außenpolitische Präsenz ein Jahr nach Inkrafttreten des Lissabon-Vertrags. Eingeladen hatten die Europa-Union Deutschland (EUD) – Verband Brüssel und der hessische Europaminister Jörg-Uwe Hahn.

In ihrer Begrüßung ging die hessische Europastaatssekretärin Nicola Beer auf Fragen des Verhältnisses zwischen europäischer Entwicklungspolitik und den Aktivitäten innerhalb der Mitgliedstaaten und der Regionen ein und fand lobende Worte bezüglich des Einbezugs der Regionen in die europäische Entwicklungspolitik. Anschließend äußerten sich Andris Piebalgs, EU-Kommissar für Entwicklung, Prof. Dr. Michael Köhler, Kabinettschef von Energiekommissar Günther Oettinger und Vorsitzender der Europa-Union – Verband Brüssel, sowie Josef Janning, Director of Studies im Management-Team des European Policy Centre, über die aktuellen außen- und entwicklungspolitischen Handlungsmöglichkeiten der Europäischen Union im Hinblick auf den Lissabon-Vertrag.

Während einer Podiumsdiskussion, moderiert von Prof. Dr. Frank Hoffmeister, Mitglied im Kabinett von EU-Handelskommissar Karel de Gucht und Vorstandsmitglied im Brüsseler Verband, der Europa-Union bekamen die Gäste später die Möglichkeit, selbst Fragen zu stellen.



(v. l. n. r.) Prof. Dr. Michael Köhler, EU-Kommissar Andris Piebalgs, Europastaatssekretärin Nicola Beer, Prof. Dr. Frank Hoffmeister und Josef Janning

Bild: Hessische Vertretung bei der EU

„Mehr und mehr wird den EU-Staaten bewusst, wie eng Entwicklungs-, Außen- und Energiepolitik miteinander verzahnt sind“, sagte Kommissar Piebalgs. Er betonte die Wichtigkeit einer kohärenten, gemeinsamen Europapolitik, die ihrer hohen Prioritätsstufe innerhalb der gemeinsamen Millenniumsziele bisher noch nicht ausreichend Rechnung trüge. Die jüngsten Ereignisse in Japan und Nordafrika seien Beleg dafür, wie entscheidend es sei, dass die Europäischen Union nach außen mit einer Stimme auftrete.

Kabinettschef Köhler erinnerte daran, dass der Lissabon-Vertrag bereits gute Voraussetzungen für eine Willensbündelung böte. Allerdings bemängelte er, dass viele Mitgliedstaaten außenpolitisch noch immer ihre eigenen Interessen verfolgten, vor allem im Bezug auf die Nachbarschaftspolitik. Doch wie genau soll das konkrete Profil der europäischen Außenpolitik aussehen?

Der Kommissar gab zu bedenken, dass durch die Schaffung des Europäischen Auswärtigen Dienstes (EAD), eine Frucht des Lissabon-Vertrags, wirkungsvolle Instrumente entstanden seien, mit denen man der Außen- und Entwicklungspolitik handlungsfähig Rechnung tragen könne.

Um Einiges nüchterner äußerte sich Josef Janning: Der Vertrag vermittele von außen betrachtet eher das Bild „keine(r) Botschaft, viele(r) Stimmen“. Entscheidend sei, dass die Bürger die europäische Außenpolitik als einen Zwiespalt zwischen Ambitionen und Realismus akzeptierten. Um den Vertrag von Lissabon erfolgreich umzusetzen, müsse ein strategischer Konsens sowie eine Definition der Prioritäten her, forderte Janning. Er vermisse innerhalb der Riege der Außenminister eine Koalition der „Treiber“, die sich für stärkere europäische Abstimmung einsetzten.

Kommissar Piebalgs, der die Kommission auch im Außenministerrat vertritt, hielt dem entgegen, dass bei immer mehr außenpolitischen Punkten Einigkeit unter den 27 hergestellt werde.

Michael Köhler verwies zum Schluss auf ein arabisches Zitat, welches sagt: „Geduld kommt von Gott“. Diese Geduld müsse man beim Warten auf konkrete Ergebnisse des Lissabon-Vertrags einfach aufbringen. Der Anfang ist gemacht – und nun will „gut Ding eben Weile haben“.

Ralf Bingel



## Hamburg

### EuropaProfessionell in Hamburg

#### Neues Netzwerk für „Berufseuropäer“ in der Hansestadt

Der Hamburger Landesverband kann einen Erfolg vermelden: die Gründung des Netzwerkes derjenigen, die beruflich mit Europa zu tun haben, die Gründung von EuropaProfessionell unter dem Dach der Europa-Union Hamburg.

Bei dem Gründungstreffen am 3. Februar in den Räumen der Hauptverwaltung Hamburg der Deutschen Bundesbank haben etwa 40 Personen aus Wirtschaft, Verwaltung und Nicht-Regierungsorganisationen teilgenommen, weil

sie eine enge Zusammenarbeit der „Berufseuropäer“ in Hamburg für wichtig halten, um die europäische Idee wieder stärker voranzubringen. „Wir freuen uns sehr, dass es uns neben der sehr erfolgreichen Hauptstadtgruppe von EuropaProfessionell gelungen ist, auch in Hamburg ein solches Netzwerk ins Leben zu rufen“, so der Landesvorsitzende Thomas Stölting.

Zur Sprecherin von EuropaProfessionell in Hamburg ist die Präsidentin der Hauptverwaltung Hamburg der Bundesbank, Adelheid Sailer-Schuster, gewählt worden. Die derzeit sieben Mitglieder des Sprecherteams werden sich Ende Mai treffen, um nach einem bereits stattgefundenen Europa-Frühstück im Hamburger Rathaus und einem Arbeitstreffen mit dem Sprecher der Hauptstadtgruppe von EuropaProfessionell, Dr. Joachim Wuermeling, weitere konkrete Aktionen und Veranstaltungen zu planen.

Verantwortlich: Bettina Thöring



Adelheid Sailer-Schuster, Sprecherin von EuropaProfessionell in Hamburg

Bild: Deutsche Bundesbank  
Hauptverwaltung Hamburg

## Thüringen

### Balkan im Fokus

Die europapolitischen Perspektiven des Balkans standen im Mittelpunkt einer Konferenz, die die Europa-Union Thüringen zusammen mit dem Arbeitskreis Europäische Integration veranstaltet hatte. Zwei Tage widmeten sich Redner aus unterschiedlichen Disziplinen an der Friedrich-Schiller-Universität Jena diesem höchst aktuellen Thema. Die Entwicklung in Südosteuropa hält den übrigen Kontinent seit den frühen 1990er Jahren in Atem. Nach den Kriegen und Verheerungen der vergangenen beiden Jahrzehnte steht nunmehr die Sicherung von Stabilität und Frieden im Vordergrund der Bemühungen der Europäischen Union. Alle Staaten der Region haben prinzipiell eine Beitrittsperspektive zur EU, doch gibt es auf dem Weg dorthin noch viele Hürden zu überwinden. Prof. Dr. Bernhard Stahl machte darauf aufmerksam, dass sich die Staaten der Region oftmals gegenseitig blockieren, statt gemeinsame Beitrittsanstrengungen zu unternehmen. Prof. Dr. Anton Sterbling wies darauf hin, dass die Zivilgesellschaft



Dr. Vilson Mirdita (l.), Botschafter der Republik Kosovo, mit PD Dr. Olaf Leiße

Bild: EUD Thüringen

auf dem Balkan noch nicht hinreichend ausgebildet sei und daher kaum als Fundament und Korrektiv einer ohnehin fragilen Staatlichkeit der Länder der Region dienen könne. Deformationserscheinungen wie ausufernde Korruption und Vetternwirtschaft seien die Folge. Prof. Dr. Christian Voß zeigte aus linguistischer Perspektive, wie versucht wird,

die gemeinsame serbokroatische Sprache zu politisieren und zu trennen, indem regionale Unterschiede hervorgehoben und Dialekte zu eigenen Sprachen aufgewertet werden. Auf diese Weise besitze mittlerweile jedes Land der Region seine eigene Sprache. Als Kontrapunkt hob der Botschafter der Republik Kosovo in Deutschland, Dr. Vilson Mirdita, in seinem Abendvortrag die positive Entwicklung des jüngsten Landes in Europa hervor. Obwohl die Republik Kosovo noch nicht von allen Staaten Europas anerkannt sei und es zudem tiefe Meinungsverschiedenheiten mit Serbien gebe, konnte das Land einen wirtschaftlichen Aufschwung verzeichnen und seine Eigenstaatlichkeit festigen. Der Botschafter hofft auf weitere Fortschritte in den kommenden Jahren und eine baldige Mitgliedschaft in der Europäischen Union.

Die Teilnehmer der Konferenz erhielten ein differenziertes Bild von der gegenwärtigen Lage auf dem Balkan und konnten sich eine eigene Meinung über die zukünftigen EU-Mitgliedstaaten in Südosteuropa bilden.

Verantwortlich: PD Dr. Olaf Leiße

## Hessen

### Schwalm-Eder

## Macht als Verbraucher nutzen

Bei der gut besuchten Jahreshauptversammlung im Dorfgemeinschaftshaus Michelsberg wirkten die Abgeordneten Barbara Weiler MdEP, Dr. Edgar Franke MdB und Regine Müller MdL sowie Mercedes Thiel als Leiterin des Europe direct-Büros Bad Hersfeld mit und nahmen Stellung zu aktuellen europapolitischen Ereignissen und Entscheidungen.

An konkreten Beispielen erläuterte Barbara Weiler die Arbeit „ihres“ Aus-

gramm und zur Energiestrategie. Kreisvorsitzende Marianne Hühn und Schatzmeister Dirk Kaltschnee berichteten über das erfolgreiche Geschäftsjahr 2010. Dem Vorstand wurde ohne Gegenstimme Entlastung erteilt. Zu Beginn hatte die Versammlung der verstorbenen Mitglieder gedacht. Eingegangene Geldspenden werden wieder der „Schwälmer Tafel“ zur Verfügung gestellt.

Den geschäftsführenden Vorstand bilden nunmehr Vorsitzende Marianne Hühn (Oberaula), ihre vier Stellvertreter Volker Damm (Will.-Wasenberg), Georg Keil (Otrau), Karl Schmidt und Marco Trümner, Schatzmeister Dirk Kaltschnee und sein Stellvertreter Jörg Staloch, Schriftführerin Birgit Werner, EDV-Beauftragte Marietta Buthmann und Heinz Wagner als Ehrenvorsitzender (alle Schwalmstadt). Gewählt wurden auch die Delegierten für

Die Europa-Union Deutschland sei eine Bürgerbewegung und stets um politische Ausgewogenheit bedacht, stellte der scheidende Vorsitzende Ernst Müller-Marschhausen in seinem Rückblick auf die Aktivitäten im Jahr 2010 fest. Er erinnerte an die elf öffentlichen Veranstaltungen seines Kreisverbandes im vergangenen Jahr mit europapolitischen Themen und namhaften Referenten. Besondere Erwähnung fand dabei die zur Tradition gewordene Feierstunde zum Tag der deutschen Einheit.

Die Mitgliederversammlung wählte neben dem neuen Vorsitzenden Franz-Reinhard Platz zum Stellvertreter und Angelica Epperlein zur Kassenführerin. Hans-Eberhard Priemer, Ernst Müller-Marschhausen, Gerhard Gärtner und Klaus Ommert komplettieren als Beisitzer den Vorstand.



Dr. Edgar Franke MdB vor der gut besuchten Kreisversammlung

Bild: EUD Schwalm-Eder

schusses für Binnenmarkt und Verbraucherschutz im Europäischen Parlament, der in mehreren Bereichen beachtliche Fortschritte für die Menschen erkämpft habe, aber oft im Rat der Regierungen abgeblockt werde.

Dr. Edgar Franke ging auf die akute Verschuldungskrise in mehreren EU-Mitgliedstaaten und die Folgen für den Bundeshaushalt ein. Der Schutz des Euro liege im deutschen Interesse, weil die deutsche Wirtschaft im gemeinsamen Binnenmarkt hervorragend positioniert sei.

Nach intensiver Diskussion und ohne Gegenstimme verabschiedeten die Vereinsmitglieder drei Anträge zum Verbot von Klonprodukten, zum Schulobstpro-

die Landesversammlung am 23./24. September in Weilburg.

In der Versammlung wurde Wilhelm Steinbrecher (Oberaula) mit der Goldenen Ehrennadel ausgezeichnet, weitere Mitglieder sollen bei anderen Anlässen geehrt werden.

## Schlüchtern-Gelnhausen Neuer Vorsitzender

Zum neuen Vorsitzenden des Kreisverbandes Schlüchtern-Gelnhausen wurde einstimmig Thomas Schneider gewählt. Er tritt damit die Nachfolge von Ernst Müller-Marschhausen an, der nach achtjähriger Tätigkeit nicht mehr für dieses Amt kandidierte.

### Offenbach

## Trauer um Ernst Alfred Unold

Der Kreisverband Offenbach trauert um sein Mitglied Ernst Alfred Unold, der am 10. April 2011 im Alter von 75 Jahren verstorben ist.

Unold gehörte dem Kreisverband seit 1952 an und hat diesen kreativ und engagiert mitgestaltet. Über 20 Jahre war er als Schatzmeister aktiv und hat den Vorstand bis 2010 nachhaltig unterstützt. Der Europäische Wettbewerb und die Pflege des umfangreichen Archivs des Kreisverbandes lagen ihm besonders am Herzen.

Neben der Pro-Merito-Medaille und zahlreichen Auszeichnungen wurde Ernst Unold im vergangenen Jahr zum Ehrenmitglied des Kreisverbandes ernannt.

Die Europa-Union wird mit Dank und Anerkennung die Erinnerung an Ernst Unold in Ehren halten.

Verantwortlich: Hildegard Klär

## Nordrhein–Westfalen

### Landesverband tagte in Bochum

Die diesjährige Klausurtagung des Landesverbandes fand im Januar in der Bibliothek des Ruhrgebiets in Bochum statt. Mit über 35 Teilnehmern waren 22 Verbände aus ganz Nordrhein-Westfalen vertreten. Neben der Neugründung von sechs Arbeitsgruppen wurden auch die geplante Satzungsreform sowie die Schwerpunktthemen für 2011 besprochen.

Einen Vortrag zu den politischen Prioritäten der EU-Kommission hielt der Leiter der regionalen Vertretung der EU-Kommission in Bonn, Dr. Stephan Koppelberg. Über das Verbandsgeschehen auf Bundes- und Europaebene berichteten Landesvorsitzender Wolfram Kuschke MdL und UEF-Vizepräsident Heinz-Wilhelm Schaumann.

### Bonn/Rhein–Sieg

### Neuer Vorstand

Der Europa-Abgeordnete Axel Voss ist seit November Vorsitzender des Kreisverbandes. Er wurde von der Jahreshauptversammlung einstimmig zum Nachfolger von Marlene Lenz gewählt. Ihm stehen Joachim Böhm, Hans C. Eichhorst und Ingrid Sprengelmeier-Schnock als Stellvertreter zur Seite. Neuer Schatzmeister ist Peter Laffin. Zu weiteren Vorstandsmitgliedern wurden Dr. Sigrid Fretlöh, Katharina Müller, Jan Rauland, Marlis Schmidtman und Stefan Wagner gewählt.

Über die Kommunikationsschwerpunkte und -strategie der Europäischen Union referierte der stellv. Leiter der regionalen Vertretung der EU-Kommission, Heinz R. Miko.

### Castrop–Rauxel

### Finanzkrise

Über die „Finanzkrise in Griechenland und die Folgen für die EU“ referierte Lan-



Landesvorsitzender Wolfram Kuschke MdL wurde mit dem Bundesverdienstkreuz 1. Klasse geehrt. Ministerpräsidentin Hannelore Kraft zeichnete ihn für sein vielschichtiges Engagement, insbesondere für Europa, aus. Bild: MdL-Büro Kuschke

desgeschäftsführer Dr. Pantaleon Giakoumis. Diese Veranstaltung war ein Kooperationsprojekt der Europa-Union und der griechischen Gemeinde in Castrop-Rauxel.

### Lüdinghausen

### Wertegemeinschaft

Insbesondere in Zeiten der Krise sei es wichtig, die Europäische Identität zu wahren und zu stärken, betonte mit klaren Worten Landesgeschäftsführer Dr. Pantaleon Giakoumis bei seinem Vortrag im Stadtverband Lüdinghausen. Sein Thema war die hohe Staatsverschuldung und die Folgen für die Stabilität des Euro. In seinen Ausführungen beleuchtete Giakoumis verschiedene Ursachen der derzeitigen Wirtschafts- und Finanzkrise. Trotz aller Errungenschaften der EU würden gerade in schwierigen Zeiten die negativen Aspekte oft herausgestellt werden. Europa sei, so der Referent, allerdings eine Wertegemeinschaft, die für Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und Solidarität stünde.

Verantwortlich: Dr. Pantaleon Giakoumis

### Lünen

### Türkei-Beitritt

Vorsitzende Elisabeth Schnarrenberger-Oesterle begrüßte rund 300 Gasthörer aus Politik, Wirtschaft, Wissenschaft, Kultur und Medien bei einer Vortragsveranstaltung mit dem türkischen Generalkonsul Dr. Hakan Akbulut. Er sprach zur „Türkeiintegration in Europa“. Selbstkritisch nannte Akbulut die Zeit der Teilung Zyperns und den damit verbundenen Stillstand von Beitrittsverhandlungen als verlorene Jahre.

### Monheim

### Treffsicher für Europa

Bereits zum dritten Mal organisierten VHS und Europa-Union den Bogenschieß-Jugendwettbewerb, der im Monheimer Jugendclub stattfand.

Durch eine so beliebte Sportart wie dem Bogenschießen könne das Interesse der Jugend an Europa geweckt werden, hob Vorsitzender Manfred Klein hervor. Dies sei ein wichtiges Projekt für die Zukunft.

### Solingen

### Wanderausstellung

Wie steinig und schwer der Weg zu Normalität nach einem völlig zerstörtem Nachkriegseuropa war, zeigten die Schautafeln der Wanderausstellung der Konrad-Adenauer Stiftung in den Stadtwerken Solingen. Ein vereintes Europa war zu Zeiten Konrad Adenauers noch keine Selbstverständlichkeit. So betonte Vorsitzende Gabriele Racka-Watzlaweck, dass es von besonderer Wichtigkeit sei, der Jugend diese Vergangenheit näher zu bringen. Gerade die jüngeren Generationen seien mehr denn je verantwortlich dafür, als „Botschafter eines freien und friedlichen Europas“ einen nachhaltigen Beitrag zu leisten.

## Niedersachsen

### Cuxhaven

## Frischer Wind im neuen Jahr

Zur Mitgliederversammlung legte Vorsitzender Michael Hahne einen Bericht über Aktivitäten im letzten Jahr vor, wozu u.a. eine sehr gut besuchte Veranstaltung zur internationalen Finanz- und Eurokrise gehörte. Anhand des Finanzberichtes wurde auch die Finanzsituation des Kreisverbandes im Hinblick auf zukünftige Aktivitäten erörtert. Der stellv. Vorsitzende Dr. Reinhold Friedl berichtete von einem Seminar des Landesverbandes an der Europa-Akademie im Saarland mit Exkursionen nach Luxemburg und Frankreich. Mit Blick auf das Desinteresse und die Ablehnung des Europa-Gedankens in einigen Teilen der Bevölkerung zitierte Friedl den Ministerpräsidenten von Luxemburg, Jean-Claude Juncker: „Wer mit Europa nichts anfangen kann, sollte einmal die Soldatenfriedhöfe des 1. und 2. Weltkrieges besuchen.“

Der bisherige Vorstand wurde für eine weitere Periode im Amt bestätigt: Vorsitzen-

der Michael Hahne, die stellv. Vorsitzenden Albrecht Harten und Dr. Reinhold Friedl sowie Schatzmeisterin Dr. Beate Kostrzewa.

## Alternative Energien fördern

Dr. Ulrich Getsch referierte im Cuxhavener Hotel Donner zum Thema „Bedeutung der Offshore-Windenergie in Europa – Chancen und Risiken“. Getsch, der Schulleiter der Berufsbildenden Schulen in Cuxhaven und gleichzeitig Geschäftsführer des Offshore-Kompetenzzentrums Cuxhaven ist, wies eingangs darauf hin, dass er seinen Vortrag unabhängig von der Katastrophe in Japan vorbereitet hatte. In seinem ausführlichen und kenntnisreichen Referat gab Getsch einen um-

fassenden Überblick über die Thematik, die mit zahlreichen Fakten untermauert wurden. Er erläuterte Aufgaben und Ziele des Offshore-Kompetenzzentrums Cuxhaven und dessen Schwerpunkte in den Bereichen Aus- und Fortbildung sowie Beratung und Service für diesen erneuerbaren Energiebereich. Dabei stellte Getsch die wirtschaftliche Bedeutung dieser Tätigkeitsfelder für Cuxhaven und die Region dar: allein fünftausend Übernachtungen pro Jahr bringen die Teilnehmer.



Kreisvorsitzender Michael Hahne dankt Dr. Ulrich Getsch (l.) für seinen äußerst interessanten Vortrag.

In einem europaweiten und internationalen Vergleich einschließlich einer Markt-betrachtung von On- und Offshore-Windenergie führte er aus, dass in Deutschland gegenwärtig Offshore-Windparks mit einer Kapazität von 8.056 Megawatt (MW) genehmigt seien. Dies entspräche der Energiekapazität der acht Atomkraftwerke, die durch das sogenannte Moratorium für zunächst drei Monate vom Netz genommen werden sollen. Falls diese AKWs dauerhaft vom Netz blieben, könne diese Energie nach Einschätzung von Getsch ersetzt werden, ohne dass Atomstrom z. B. aus Frankreich gekauft werden müsste. Gegenwärtig betrage der Anteil der erneuerbaren Energien an der Energieversorgung in Deutschland 17 Prozent, der bis 2020 auf 30 Prozent und bis 2050 auf 80 Prozent gesteigert werden soll. Als ideale Ergänzung zur Offshore-Windenergie sieht Getsch Gaskraftwerke, die Kapazitätsschwankungen gegenseitig sehr gut ausgleichen könnten.



(v. l. n. r.) Dr. Reinhold Friedl, Dr. Beate Kostrzewa, Michael Hahne, Albrecht Harten

Bilder: EUD Cuxhaven

Verantwortlich: Michael Hahne

## Berlin

### Vom Schreckgespenst zur Krisenlösung

Die Transferunion ist bei weitem nicht das Schreckgespenst, das in der öffentlichen Debatte von ihr gezeichnet wird. Zu diesem Schluss kamen die Teilnehmerinnen und Teilnehmer der Diskussionsrunde der Europa-Union Berlin mit der Fragestellung „Wird die Währungsunion zur Transferunion?“. Lisa Paus MdB, Obfrau von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN im Bundestags-Finanzausschuss und stellvertretende Landesvorsitzende der Europa-Union Berlin, moderierte die Debatte, die rund 100 Besucher im Europäischen Haus verfolgten. Auf dem Podium diskutierte Paus mit Dr. Udo Bullmann, der als Mitglied des Europäischen Parlaments im Ausschuss für Wirtschafts- und Währung sitzt, Prof. Dr. Sebastian Dullien von der Hochschule für Technik und Wirtschaft Berlin und Petra Pinzler, Redakteurin der Wochenzeitung „Die Zeit“.

Geht es nach Bundeskanzlerin Merkel, soll sich die Reformpolitik der EU-Staaten zukünftig an der bisherigen deutschen Politik orientieren. Eine ausgleichende Politik aus makroökonomischer europäischer Perspektive mit Reduzierung nicht nur der Leistungsbilanzdefizite, sondern auch der (deutschen) Leistungsbilanzüberschüsse wird dagegen abgelehnt. Den Vorschlag der EU-Kommission, den Währungskommissar Olli Rehn mit seinen Entwürfen für Verordnungen und eine Richtlinie Ende September 2010 vorlegte und der eine Reihe konstruktiver Lösungsvorschläge zur Überwindung der Finanz- und Wirtschaftskrise enthalte, diskutierte Deutschland nur zögerlich, kritisierte Petra Pinzler, die als Journalistin die Debatte von Brüssel und Berlin aus verfolgte. Sie erinnerte sich: „Deutschland verweigerte sich im vergangenen Jahr praktisch der Debatte.“ Den Sorgen und Befürchtungen der Bürger trage die Bundesregierung damit aber nur bedingt Rechnung. Denn: Mit den Strukturfonds für wirtschaftsschwache Regionen, finanziert aus EU-Eigenmitteln, gebe es im Europäischen Wirtschaftsraum seit langem eine Transferunion, betonte Pinzler. Allerdings sei Angela Merkel in Brüssel euro-



(v. l. n. r.) Dr. Udo Bullmann MdB, Lisa Paus MdB, Prof. Dr. Sebastian Dullien, Petra Pinzler

Bild: Christian Beck

pafreundlicher, als sie sich in der deutschen Öffentlichkeit darstelle. Die Bundeskanzlerin reagiere damit vor allem auf skeptische Vorbehalte in der Bevölkerung.

Auch für den SPD-Europapolitiker Dr. Udo Bullmann geht es in der Frage um eine Transferunion nicht mehr um ein „Ob“, sondern nur noch um das „Wie“. Die Vorschläge der Bundesregierung zielten viel zu sehr auf nationale Interessen ab. Es handele sich um „ein faules Ei“, kritisierte Bullmann scharf. Als Lösung schlug er einen „intelligenten“ Stabilitätspakt mit einer eingebauten Investitionsquote vor. Damit könne gesichert werden, dass Mitgliedstaaten ihr Geld sinnvoll in Wachstum stecken.

Harsche Kritik an der Bundesregierung übte auch der Wissenschaftler Prof. Dr. Sebastian Dullien. Zwar habe die Bundeskanzlerin leichte Zugeständnisse gegenüber den Vorstellungen der Kommission gemacht, aber: „Sie pervertiert die Idee“, ärgerte er sich. Keiner der sechs Vorschläge des „Paktes“ könne die fundamentalen Ungleichgewichte innerhalb der EU verringern oder hätte die Krise in der Vergangenheit verhindern können. Dullien plädierte deshalb eindeutig für eine gemeinsame Wirtschaftsregierung, um im europäischen Gesamtinteresse verbindliche Regeln setzen zu können. Nur so können weitere Ungleichgewichte verhindert werden, die letztlich wieder nur die Wahl zwischen Rettungsmaßnahmen und erneuter Ban-

ken- und Wirtschaftskrise lassen würden.

Lisa Paus zog gleichfalls die Kommissionsvorschläge eindeutig dem Entwurf von Angela Merkel vor. Sie hegt aber Bedenken bezüglich der langfristigen Wirkung der verschärften Regeln des Stabilitätspaktes. Den Blick auf Dullien gerichtet, fragte Paus, welche Wirkung es habe, wenn alle 27 EU-Staaten gleichzeitig sowohl die private Nachfrage durch Lohnzurückhaltung als auch die staatliche Nachfrage durch Haushaltskonsolidierung ausbremsen. Wirtschaftswachstum in den Krisenländern sei so kaum zu erwarten. Sie erinnerte daran, dass auch Deutschland betroffen sein werde, weil es die meisten seiner Produkte in andere EU-Länder exportiere. Was aber passiere, wenn diese sie sich nicht mehr leisten können? Europäische Transfers zur Finanzierung einer ressourcenschonenden zukunftsfähigen Wirtschaft könnten dagegen neue Impulse setzen und eine Spirale nach unten verhindern helfen.

Ende März haben die EU-Staats- und Regierungschefs auf einem Gipfel ein Gesamtpaket zur Stabilisierung der Währungsunion verabschiedet. Die Veranstaltung hat zahlreiche Argumente zusammengebracht um zu bewerten, wie nachhaltig die gefundene Lösung ist.

Claudia Schur/Christian Beck

Verantwortlich: Alexander Kaas Elias

## Rheinland-Pfalz

### Enge Zusammenarbeit mit Parlamentariern geplant

In seiner konstituierenden Sitzung kooperierte der Landesvorstand einstimmig Ernst-Ludwig Göpfert (Trier) sowie Dieter Klöckner MdL (Vallendar) und beriet über die künftigen Arbeitsschwerpunkte. Insbesondere soll eine engere Zusammenarbeit mit den rheinland-pfälzischen Abgeordneten im Europäischen Parlament sowie im Landtag angestrebt werden. Besonderes Anliegen bleibt der Europäische Wettbewerb sowie die Aktion „Europa in die Schule“. Wichtig sei auch eine aktive Beteiligung an der Programmdebatte der Europa-Union, zu der auch alle Kreisverbände um Beiträge gebeten wurden.

#### Landau

### Neue Mitglieder im Vorstand

Der einstimmig wiedergewählte Vorsitzende Jörg Saalbach sieht viel Arbeit auf den Verband zukommen: Der europäischen Idee blase wieder einmal heftiger Gegenwind entgegen, die Zahl der Skeptiker steige und nationalistische Tendenzen machten sich in Besorgnis erregender Weise wieder breit. Erfreulich sei, dass mit Mariyana Yordanova, Dr. Hans-Jürgen Blinn, Marcus Ehrgott und Wolf J. Schünemann vier neue Kandidaten Erfolg bei der Wahl zum Beisitzer hatten. Damit ist eine beachtliche Verjüngung des Kreisvorstands gelungen. Gewählt wurden als stellv. Vorsitzende Prof. Dr. Siegmund Schmidt, Jochen Silbernagel und Juniorprofessor Dr. Bernhard Köppen. Rolf Rieche (Schatzmeister), Heinz-Albert Grewe, Horst Laible, Christa Tworeck und Herbert Waldenberger (Beisitzer) komplettieren den Vorstand.

#### Bad Kreuznach

### Zukunft liegt in Europa

Beim jährlichen Europaempfang erinnerte Dr. Michael Vesper in seinem Referat an

den großen Europäer Robert Schuman und an seine Verdienste um die europäische Integration. Christoph Bals (Germanwatch) berichtete über die aktuellen Folgen der Klimakonferenz im Hinblick auf die Europäische Energie- und Klimapolitik. Der Kreisvorsitzende Franz-Josef Mathony freute sich über ein klares Bekenntnis der Teilnehmer zu Europa und ehrte gemeinsam mit Anna Schneider, geschäftsführendes Landesvorstandsmitglied, Franz Haas und Wolfgang Ginz für ihr langjähriges Engagement mit der Ehrennadel der Europa-Union.

#### Mainz

### Rolle des EuGH diskutiert

Über die Bedeutung des EuGH für die Fortentwicklung der EU sprach der Generalanwalt am Europäischen Gerichtshof a. D. Prof. Dr. Carl Otto Lenz zum 15. Jahrestag des bedeutenden Bosman-Urteils. Die Rechtsprechung des EuGH habe erheblich zur Weiterentwicklung des Europarechts und zur Durchdringung nationalen Rechts mit europarechtlichen Inhalten beigetragen. In der Diskussion um die Konsequenzen von Urteilen des EuGH und die Fortentwicklung des Gemeinschaftsrechts sind die Begriffe Subsidiarität und Kompetenzordnung die entscheidenden Stichworte. Kooperationspartner war der Fachbereich Rechts- und Wirtschaftswissenschaften der Universität Mainz.

#### Westerwald

### Stabiler Euro?

Die Bildungsfahrt zur Europäischen Zentralbank und zur Börse in Frankfurt fand ein überraschend großes Interesse, so dass kurzfristig eine zweite Fahrt or-



Nach einem von Manfred Däuwel geführten Rundgang durch die Frankfurter Altstadt versammelten sich die Gruppe vor der Börse.

Bild: R. Däuwel-Türk

ganisiert wurde. Insgesamt 115 Menschen nahmen teil und diskutierten sachlich mit den Referenten. Bemerkenswert: Keiner der Besucher befürchtete das Ende des Euro, dessen Bedeutung für Deutschlands Wohlstand von den EZB-Sprechern besonders hervorgehoben wurde. Die derzeitige Finanzkrise bedrohe weder die Stabilität des Euro noch der EZB. Allerdings müssten die Mitgliedstaaten wieder zu stabilen Finanzverhältnissen zurückkehren und den geschärften Wachstums- und Stabilitätspakt einhalten.

Verantwortlich: Anna M. Schneider



In guter Tradition wanderte der Kreisverband Pirmasens über die deutsch-französische Grenze von Eppenbrunn nach Roppeviler (Helmut-Kohl-Weg). Natürlich durfte eine Einkehr im Lothringischen nicht fehlen, bevor man nach einer Stärkung und der Diskussion europäischer Themen den Heimweg antrat. Kreisvorsitzender Heinz-Günter Best konnte auch Anita Schäfer MdB begrüßen. Bild: EUD Pirmasens

## Baden-Württemberg

### Preisträger geehrt

Die Preisverleihung des 57. Europäischen Wettbewerbs in der Sonderkategorie „Rede über Europa“ von Europa-Union und Europäischer Bewegung fand auf Einladung von Europaminister Prof. Dr. Wolfgang Reinhart in der Villa Reitzenstein statt. Die Auszeichnung der Preisträger 2010 – Christian Steck (Backnang), Frank Schuhmacher (Spaichingen), Anna Grafl (Ulm) und Julia Lust (Gaggenau) – erfolgte durch Ministerialdirigentin Gerda Windey, den Präsidenten der Europäischen Bewegung in Baden-Württemberg, Prof. Dr. Christian Steger, und den stellv. Landesvorsitzenden der Europa-Union, Dr. Utz Remlinger.

### Sitzung mit Bayern

Eine gemeinsame Sitzung der Landesvorstände aus Bayern und Baden-Württemberg ist Startschuss für eine noch engere Zusammenarbeit beider Landesverbände. So soll das Thema Donaustrategie inhaltlich, aber auch durch Veranstaltungen in der Bürgerschaft besser verankert werden. Ein gemeinsames Vorgehen wurde auch zugunsten des Europäischen Schülerwettbewerbs vereinbart. Außerdem soll im Raum Ulm/Donau-Iller die Arbeit der dortigen Kreisverbände durch eine engere Zusammenarbeit gestärkt werden. Die Sitzung fand mit Unterstützung der Stadt Ulm im dortigen Rathaus statt. In seiner Begrüßung verwies Oberbürgermeister Ivo Gönner auf die zahlreichen europäischen Aktivitäten der Stadt.

### Trauer um Franz Pensold

Der Landesverband und der Kreisverband Rems-Murr trauern um Franz Pensold, der uns nach langer schwerer Krankheit verlassen hat. Franz Pensold hat sich als langjähriger Vorsitzender des Ortsverbandes Backnang und engagierter Europäer bleibende Verdienste erworben. Mit viel Engagement und Tatkraft für die Realisierung der europäischen Idee bleibt er uns als Vorbild in bester Erinnerung.

## Heilbronn

### Ehrenmitglied ernannt

Heinrich Kümmerle (sen.) wurde für seine Verdienste um die Europa-Union zum Ehrenmitglied des Kreisverbandes ernannt. Seit über 30 Jahren ist er Verbandsmitglied, seit Ende der 70er Jahre im Kreisvorstand der Heilbronner Europa-Union aktiv und auch als langjähriges Mitglied des Landesauschusses und weiterer Landesarbeitskreise sehr erfolgreich tätig. Egon Susset wurde mit einer Urkunde anlässlich seiner 25-jährigen treuen Mitgliedschaft ausgezeichnet.

## Heidelberg

### Neuer Vorstand

Der 27-jährige Matthias Kutsch ist neuer Vorsitzender des Kreisverbandes. Nach 11-jähriger erfolgreicher Tätigkeit hatte Margret Dotter nicht erneut kandidiert und die Aufgabe in jüngere Hände übergeben. Der neue Vorstand setzt sich aus einer guten Mischung von jungen und erfahrenen Mitgliedern mit unterschiedlicher Parteizugehörigkeit zusammen. Als Schatzmeister wurden Eric Bertram und als Schriftführer Jürgen Küppers einstimmig gewählt. Margret Dotter, Christina Voulgaris, Ernst Gund und Thomas Pfohl bleiben stellvertretende Vorsitzende. Neben Sabine Rumpf, Eyke Peveling und Dr. Ernst Lüdemann sind drei neue junge Mitglieder Beisitzer: Viktoria Reith, Michael Wagner und Konstantin Axt.

## Calw

### Europa-Abend

Auf Einladung des Kreisverbandes Calw berichtete der Europaabgeordnete Michael Theurer auf Burg Liebenzell über seine Erfahrungen im Europäischen Parlament. In der von Studienleiterin Gertrud Gandenberger geleiteten Diskussion kamen zahlreiche Themen von der Eurokrise über die Donaustrategie bis hin zum ungarischen Mediengesetz zur Sprache.

## Karlsruhe

### Judentum und Versailles

Mit einer Veranstaltung über das Judentum stellte der KV erneut eine Europa prägen-

de Religion in den Fokus. Der Vorsitzende der Jüdischen Kultusgemeinde Karlsruhe, David Seldner, stellte die Grundzüge der jüdischen Religion mit ihren verschiedenen Strömungen anschaulich dar. In einer weiteren Veranstaltung ging es um Schloss Versailles und dessen Einfluss auf die europäische Geschichte. Dr. Beate Lorek schilderte die Entwicklung vom kleinen Jagdschloss zum politischen und kulturellen Mittelpunkt einer ganzen Epoche.

## Reutlingen

### Straßburg-Fahrt

Einen interessanten und spannenden Tag im Europäischen Parlament verbrachten die Teilnehmer einer vom Kreisverband organisierten Fahrt. Sie wurden Zeugen einer intensiven Plenardebatte und trafen anschließend den Europaabgeordneten Michael Theurer. Bestimmendes Thema während des Gesprächs war die Stabilität des Euros im Hinblick auf die Irlandkrise.

## Göppingen

### Wiederwahl

Daniel Frey bleibt Vorsitzender der Europa-Union im Landkreis Göppingen: Der WanGENER Bürgermeister wurde bei der Hauptversammlung des Kreisverbandes im Amt bestätigt. Gisela Hack aus Hattenhofen ist weiterhin seine Stellvertreterin im geschäftsführenden Vorstand. Der bisherige Stellvertreter des Vereins, Peter Kunze, gehört dem Vorstand weiterhin als Beisitzer an.

## Junge Europäer

### Europäische Berufsperspektiven

Die Jungen Europäer Heidelberg organisierten einen Informationsabend zu den Berufsperspektiven in der EU. EUD-Landesvorsitzender Rainer Wieland (Vizepräsident des EP), Matthias Schikorski (AA) und Florian Setzen (Europazentrum BW) referierten vor großen studentischen Publikum zu Beschäftigungsfeldern sowie Einstellungsverfahren und -voraussetzungen in und rund um die EU.

Verantwortlich: Florian Ziegenbalg

## Saarland

### Begegnung mit Präsident Sarkozy im Elysée-Palast

Anlässlich der Verleihung des hohen Ordens „Officier de la Legion d'Honneur“ an den Forbacher Politiker Olivier Kirsch lud der französische Präsident Nicolas Sarkozy zu einer Zeremonie in den Elysée-Palast nach Paris. Olivier Kirsch wurde insbesondere für seine Verdienste um die deutsch-französische Freundschaft ausgezeichnet. Von saarländischer Seite waren EUD-Landesvorsitzender Dr. Hanno Thewes und Europa-Ausschussmitglied Roland Theis MdL mit dabei. Der französische Staatspräsident nahm die Verleihung persönlich vor und nutzte die Gelegenheit zu einem Gespräch mit den Gästen aus dem Saarland.



(v. l. n. r.) Olivier Kirsch, Präsident Nicolas Sarkozy, Roland Theis MdL,  
Dr. Hanno Thewes  
Bild: Pressestelle Elysée

land weithin unbekannt ist. Ein Vortrag, da waren sich alle einig, der einen profunden Wissenszuwachs brachte. Philippe Cerf erwies sich als hervorragender Gastredner, der seinen inhaltlich herausragenden Vortrag in exzellentem Deutsch hielt.

### SaarLorLux- Gipfelpräsidentschaft abgeschlossen

Der saarländische Europaminister Stephan Toscani MdL war Gastredner einer sehr gut besuchten Informations- und Diskussionsveranstaltung des Landesverbandes zur abgeschlossenen saarländischen SaarLorLux-Gipfelpräsidentschaft. Der Innen- und Europaminister zog dabei eine positive Bilanz. Er hob hervor, dass unter der 18-monatigen Präsidentschaft des Saarlandes in der Großregion zahlreiche Fachministerkonferenzen

durchgeführt worden seien. Auch das grenzübergreifende Bürgerfest in Schengen sei ein voller Erfolg gewesen. Wichtig sei auch die Einrichtung der Task Force für Grenzgänger. Entscheidender Fortschritt sei jedoch, dass im Haus der Großregion in Luxemburg nun eigene Strukturen für die Gipfelpräsidentschaften geschaffen würden.

Verantwortlich:  
Dr. Hanno Thewes



**Impressum** 1/2011  
**EUROPA AKTIV –**  
**Aktuelles aus Politik und Verbandsleben**

**Herausgeber:**  
Europa-Union Deutschland e.V.  
Sophienstraße 28/29, 10178 Berlin  
Tel.: (030) 303 620130, Fax: (030) 303 620139  
E-Mail: [info@europa-union.de](mailto:info@europa-union.de)  
Internet: [www.europa-union.de](http://www.europa-union.de)

**Redaktion:**  
Heinz-Wilhelm Schaumann (v. i. S. d. P.),  
Birgit Kößling

**Redaktionsanschrift:**  
Hardtbergstraße 23a, 53507 Dernau/Ahr  
Tel.: (02643) 90 1604, Fax: (02643) 90 2552  
E-Mail: [redaktion@europa-aktiv.de](mailto:redaktion@europa-aktiv.de)

Redaktionsschluss dieser Ausgabe: 4. Mai 2011.  
Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion oder des Verbandes sowie seiner Untergliederungen wieder. Für die inhaltliche und sprachliche Gestaltung der Berichte der Landesverbände sind unmittelbar diese selbst verantwortlich. Alle abgedruckten Texte und Abbildungen sind urheberrechtlich geschützt.

**Layout & Satz:**  
Pegasos-Publikationen,  
Hauptstr. 36, 53567 Buchholz/Ww.  
Tel. und Fax: (02683) 943908  
Mobil: (01 71) 507 6932  
E-Mail: [info@pegasos-publikationen.de](mailto:info@pegasos-publikationen.de)

**Druck:**  
GÖRRES-DRUCKEREI UND VERLAG GMBH,  
Koblenz/Neuwied  
Internet: <http://www.goerres-druckerei.de>

**Annahmeschluss Ausgabe 2/2011:**  
10. Mai 2011

### Trennung von Staat und Kirche

Das Thema „Laizismus in Frankreich“ lockte zahlreiche Interessenten in die Villa Europa in Saarbrücken. Der Landesverband hatte gemeinsam mit anderen Verbänden den französischen Generalkonsul im Saarland, Philippe Cerf, als Referenten eingeladen. Cerf berichtete über das französische System der Trennung von Kirche und Staat, das in seinen Ausprägungen in Deutsch-



(v. l. n. r.) Persönliche Referentin Anne Funk,  
Landesvorsitzender  
Dr. Hanno Thewes,  
Minister Stephan  
Toscani MdL, stellv.  
Landesvorsitzende  
Christine Klos und  
Julia Zorn (JEF)  
Bild: Braun